



Ratsfraktion spendet für Therapieverein Holzen

Die Mitglieder der SPD-Ratsfraktion haben insgesamt 1150 Euro für den Therapieverein Christopherus-Schule Holzen gesammelt und freuen sich, mit dieser Summe den Verein bei der Realisierung eines Therapiebereichs zu unterstützen.

Tageseltern erhalten mehr Geld für Betreuung

SPD-Fraktion reagiert auf die neue Steuerpflicht/ Elternbeiträge stabil

Mehr Geld erhalten jetzt Tageseltern für die Betreuung von Kindern.

Bereits bei den Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2008/2009 hatten die kinder- und jugendpolitischen Fachleute in der SPD-Fraktion darauf hingewiesen, dass eine Besteuerung der Entgelte für Tagesmütter droht. Die einhellige Meinung war, dass sich bei den niedrigen Stundensätzen die Ausübung dieser Tätigkeit finanziell überhaupt nicht mehr lohnt.

Nachdem nun die Vergütungen tatsächlich ab diesem Jahr steuer- und sozialversicherungspflichtig sind, hat das Jugendamt schnell auf dieses große Problem für Tageseltern reagiert. Dem Wunsch der SPD-Fraktion entsprechend, werden die Entgelte rückwirkend ab Januar erhöht. Je nach Qualifikation der Betreuungsperson wer-

den die Vergütungen von 1 auf 1,50 Euro, von 2 auf 3 Euro und von 3 auf 4,50 Euro pro Stunde und Kind angehoben.

„Mit der deutlichen Anhebung der Stundensätze lassen sich die steuerlichen Nachteile abfedern,



Nur wegen der unverzichtbaren Arbeit der Tagesmütter erreicht Dortmund die angestrebte Betreuungsquote. Foto: Stadt DO

und die Kinderbetreuung bleibt für Tageseltern weiter interessant“, freut sich Friedhelm Sohn, jugendpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

Er hält den Bereich von Kindertagespflege auch deshalb für sehr wichtig und unverzichtbar, weil damit die gesamtstädtisch angestrebte Betreuungsquote in allen Altersgruppen erreicht werden kann.

Obwohl die Stadt für die Anhebung der Stundensätze jährlich 2,5 Mio. Euro mehr bezahlt, werden die Elternbeiträge stabil bleiben. „Die Beträge werden nicht erhöht, die bisherige Beitragsstaffel bleibt erhalten“, fasst Friedhelm Sohn für die politisch Verantwortlichen im Kinder- und Jugendausschuss zusammen.

„Die Finanzierung lohnt sich zum Wohle der Kinder, sie ist solide und der Mehraufwand dauerhaft leistbar.“

78 Millionen für die Stadtbezirke

SPD-Fraktionsvorsitzender Ernst Prüsse begrüßt Konjunkturpaket für Investitionen

„Fast könnte man den Eindruck gewinnen, Weihnachten findet dieses Jahr schon im Februar statt.“ So freut sich SPD-Fraktionsvorsitzender Ernst Prüsse über die Nachricht, dass Dortmund aus dem Konjunkturpaket II fast 78 Mio. Euro erhält.

„Aber wie das so ist an Weihnachten – nicht alle Wünsche können erfüllt werden“, muss der Chef der größten Ratsfraktion sogleich Wasser in den Wein gießen.

Die Bundesregierung stellt den Kommunen Geld für nachhaltige Zukunftsinvestitionen zur Verfügung. Es ist Geld, mit dem kurzfristig Aufträge für die Wirtschaft und Arbeitsplätze in der konjunkturellen Schwächephase gesichert werden sollen.

„Vize-Kanzler Frank-Walter Steinmeier und Finanzminister Peer Steinbrück haben dafür gesorgt, dass vor Ort ein Feuerwerk an Investitionen entzündet werden kann. Hiervon können Handwerk und Mittelstand profitieren, Arbeitsplätze gesichert und dringend nötige Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden“, so die Bewertung von Ernst Prüsse.

„Aber zahlreiche offene Fragen gibt es noch, wofür genau das Geld ausgegeben werden darf. Wir vermissen eine klar formulierte Gebrauchsanweisung von Bund und Land.“ Der Bund hat zwei Investitionsschwerpunkte festgelegt, in die das Geld fließen soll. Da ist zum einen die Bildungsinfrastruktur, für die 65% der Finanzmittel vorgesehen sind. Und zum anderen die allgemeine Infrastruktur, wofür



Handwerkspräsident Otto Kentzler (v.l.), IHK-Hauptgeschäftsführer Reinhard Schulz, SPD-Fraktionsvorsitzender Ernst Prüsse und Stadtdirektor Ullrich Sierau bei einer Veranstaltung der SPD-Ratsfraktion zum Konjunkturpaket II. Foto: SPD

die restlichen 35% ausgegeben werden dürfen.

Zur Bildungsinfrastruktur gehören zum Beispiel Kindertagesstätten, Schulen und Einrichtungen der Weiterbildung. Hier wird insbesondere die energetische Sanierung gefördert.

Zur allgemeinen Infrastruktur gehören Krankenhäuser, Lärmsanierung an Straßen oder Informationstechnologie. „Jeder, der sich in Dortmund umsieht, wird zahlreiche Maßnahmen benennen können, die vom Konjunkturpaket profitieren sollten“, weiß Ernst Prüsse.

„Aber das ist das erste Problem, vor dem wir stehen: Die Zahl der Wünsche übersteigt die zur Verfügung stehenden Mittel um ein Vielfaches. Deshalb ist schon jetzt klar, dass nicht alle gewünschten Maßnahmen realisiert werden können.“

Die zweite Hürde sieht der Fraktionsvorsitzende in der ge-

setzlichen Bestimmung, dass nur in Maßnahmen investiert werden darf, für die der Bund zuständig ist: Umweltschutz, Städtebau, Bildung.

Das bedeutet, dass mit den Millionen voraussichtlich keine Asphaltlöcher an kommunalen Straßen gestopft werden dürfen.

Erlaubt ist aber Lärmschutz entlang vielbefahrener Trassen. „Aber vielleicht können wir Straßen sanieren, indem wir dort Flüsterasphalt aufbringen, mit dem der Geräuschpegel verringert wird“, hofft Ernst Prüsse.

Die dritte Hürde schließlich sieht der Fraktionschef in der widersprüchlichen Vorgabe, dass die Maßnahmen des Konjunkturpakets zusätzlich und schnell realisierbar sein müssen.

„Zusätzlich sind Sanierungsprojekte, die bisher noch nicht im Haushalt veranschlagt wurden. Die sind aber noch nicht

durchgeplant und können daher nicht von heute auf morgen umgesetzt werden. Durchgeplante Maßnahmen, die sofort umsetzbar sind, gelten nicht als zusätzlich“, erläutert Ernst Prüsse die Zwickmühle.

„Daher werden wir uns sicherlich vorrangig Projekten annehmen, die einfach zu planen und schnell umzusetzen sind. Dazu haben wir uns bereits von Fachleuten informieren lassen, inwiefern Handwerk und Mittelstand überhaupt in der Lage sind, das Auftragsvolumen abzuwickeln. Bis zum Jahresende, so der Plan, soll immerhin die Hälfte der Mittel verbraucht sein.“

Eines allerdings ist für Ernst Prüsse jetzt schon klar: „Wir werden mit den Mitteln aus dem Konjunkturprogramm ausschließlich in die Stadtbezirke investieren. Dort sind die Sanierungsmaßnahmen am dringlichsten.“

Etat der Stadt voll im Plan

Es ist kein Geheimnis: Die Kommunen in NRW sind nicht auf Rosen gebettet. In vielen Ruhrgebietsstädten herrscht große Finanznot. Deshalb trifft es solche Städte besonders, wenn das Land ihnen weitere Belastungen auferlegt. Genau das ist passiert, indem die CDU/FDP-Landesregierung alle Kommunen in NRW mit 1,8 Mrd. Euro zusätzlich belastet hat.

Allein in Dortmund kamen seit Amtsantritt der Landesregierung mehr als 60 Mio. Euro weniger an. So schlägt die Kom-

munalisierung der Versorgungsverwaltung oder die Umstellung der Krankenhausfinanzierung beim Klinikum Dortmund millienschwer zu Buche. Dennoch steht Dortmund im Vergleich mit anderen Städten noch relativ gut da. Seit 2006 ist die Stadt mit der Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement ohne Haushaltssicherungskonzept ausgekommen. Andere Städte wie Hagen oder Duisburg haben keine genehmigten Haushalte. Sie unterliegen der Sparaufsicht der Bezirksregierung.

Der Doppelhaushalt 2008/2009 in Dortmund funktioniert und die Stadt ist voll handlungs- und zahlungskräftig. Neben

sorgfältiger Haushaltsführung tragen dazu Einnahmeverbesserungen bei. So lagen die Gewerbesteuererinnahmen 2008 mit 303 Mio. Euro sogar 4 Mio. Euro über dem geplanten Wert. Die Stadtspitze geht davon aus, dass das Haushaltsdefizit für 2008 in Höhe von 67,9 Mio. Euro sogar unterschritten werden kann. Genauere Zahlen bringt der Jahresabschluss, der im März in den Rat eingebracht wird. Damit kann das Haushaltsjahr 2009 beginnen und geplante Investitionen beim Schulbau oder Straßenbau können fortgeführt werden. Allen „Unkenrufen“ von CDU, FDP und der Bezirksregierung zum Trotz läuft der Doppelhaushalt 2009 nach Plan. Weil die Haushaltspolitik der SPD-Fraktion solide und verantwortungsbewusst ist, hat die Bezirksregierung keine Möglichkeit, der Stadt im laufenden Haushalt Auflagen zu erteilen oder schmerzhaft Einschnitte in das Dienstleistungsangebot anzuordnen. Und dabei soll es nach dem Willen der SPD-Fraktion auch bleiben.

Mitte Januar erfuhren die Vorsitzenden von drei Kleingartenanlagen an der Schützenstraße, dass Gemüseproben aus ihren Gärten mit PCB belastet sind. Vom Verzehr von Grünkohl und Blattgemüse wurde dringend abgeraten.

PCB ist als krebserregend bekannt. Die vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW gemessene Belastung führt zu einer erhöhten Gesundheitsbelastung. Eine schnelle und lückenlose Aufklärung fordert die SPD-Fraktion in der Innenstadt-Nord.

Ratsvertreter Peter Hoffmann ist Vorsitzender des betroffenen Kleingartenvereins Westerholz: „Ich werde in den Ratsgremien einen umfassenden Bericht über die Situation und eine schnelle Aufklärung einfordern. Es muss Klarheit über die Ursachen geschaffen werden. Wir dürfen uns mit den erhöhten Werten nicht abfinden.“ Die SPD-Fraktion in der Innenstadt-Nord macht sich auch Sorgen um den Freden-



Auch um den Fredenbaumpark sorgt sich die SPD Innenstadt-Nord, da er in direkter Nachbarschaft mit den Gärten liegt, die mit dem krebserregenden PCB belastet sind.

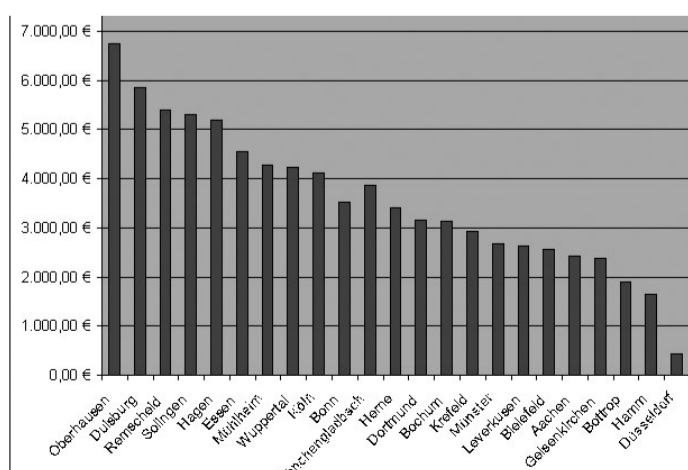
Dieser liegt in unmittelbarer Nähe der belasteten Kleingartenanlagen. Darum ist es zwingend notwendig, auch im Fredenbaum-Park, besonders an den Kinderspielplätzen, Bodenproben zu nehmen und zu untersuchen.

Nach umfassender Diskussion hat die SPD-Fraktion im Ausschuss für Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen beantragt: Der oder die Verursacher der PCB-Emissionen ist festzustellen. Es

muss geklärt werden, wer den seit 20 Jahren verbotenen Stoff verwendet und seinen Austritt in die Atmosphäre verschuldet hat. Die Stadt soll mit dem Landesumweltamt, der Bezirksregierung und der Polizei die Untersuchungen und die Aufklärung im Zusammenhang mit der PCB-Belastung im Gemüse von den drei Kleingartenanlagen am Hafens fortsetzen.

Die Kleingärtner und die Anlieger müssen in Veranstaltun-

gen und mit Info-Schriften über den Stand der Untersuchungen informiert werden. Der Verursacher PCB-Belastung muss bestraft werden. Dazu gehört auch, dass eine Entschädigung der Kleingärtner sicher gestellt wird. „Zukünftig müssen regelmäßig Bodenproben entnommen werden, um Belastung für die Bürger in der Nordstadt auszuschließen!“, so SPD-Ratsmitglied Peter Hoffmann abschließend.



Pro Kopf-Veranschlagung: Dortmund nimmt den 13. Platz im Feld der kreisfreien Städte in NRW ein. Während die Verschuldung in Dortmund Ende 2007 bei knapp 3200 Euro lag, fällt sie in anderen Städten teilweise deutlich höher aus.

Zitat des Monats

„Aus Sicht der Mieter sind Bochum und Essen eindeutig weniger attraktiv als Dortmund.“ (Markus Danneck vom Immobilienberater Kemper's)

Sie nutzen das Internet? Sie haben E-Mail?
Dann besuchen Sie uns unter
www.spd-fraktion-dortmund.de
und abonnieren Sie dort unseren aktuellen Newsletter!

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt:
SPD-Fraktion im Rat der Stadt DO
Dr. Andreas Paust
Fraktionsgeschäftsführer
Friedensplatz 1
44135 Dortmund
Tel: 0231 / 574513 Fax: 579147
Email: fraktion@spd-fraktion-dortmund.de